Stichwort des Tages

Inflationsrate

Die Inflationsrate im Euroraum dürfte nach Einschätzung von Finanzmarktexperten noch Jahre über dem Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB) liegen. Die Inflationserwartungen der Fachleute sinken aber erstmals seit langem spürbar, wie eine Umfrage des Mannheimer Wirtschaftsforschungsinstituts ZEW (Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung) zeigt. Frank Brückbauer, Wissenschaftler im Forschungsbereich Altersvorsorge und nachhaltige Finanzmärkte, sprach von einer Trendwende. „Nachdem im Mai 2023 erstmals kein weiterer Anstieg der Inflationserwartungen der Finanzmarktexperten verzeichnet wurde, sinken sie nun im August 2023 das erste Mal merklich.“ Die Inflationserwartungen blieben aber auf hohem Niveau, sagte er. Die Inflationsraten im Euroraum dürften bis mindestens 2025 weiter deutlich über dem Zwei-Prozent-Ziel der EZB liegen. Die Finanzmarktexperten erwarten laut Umfrage Inflationsraten von im Schnitt 5,5 Prozent, 3,3 Prozent und 2,5 Prozent für die Jahre 2023, 2024 und 2025.

Zahl des Tages

7 oder 19

Im Ringen um die Fortsetzung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Essen im Restaurant hat Finanzminister Christian Lindner (FDP) auf den Bundestag verwiesen. Die abschließende Entscheidung treffe der Haushaltsgesetzgeber, also das Parlament, im November. Er selbst habe keinen Einfluss darauf. Die Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie wurde in der Corona-Pandemie von 19 auf 7 Prozent gesenkt.

Zitat des Tages

„ In gewisser Hinsicht ist es eine Wahlwerbung für die AfD. “

Prof. Dr. Lars Feld, Ex-Chef der Wirtschaftsweisen und jetzt Beauftragter des Finanzministers für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, hält die Ablehnung des Wachstumschancengesetzes durch die grüne Familienministerin Lisa Paus für einen Skandal.

Kopf des Tages

Die Berliner Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey fordert mehr Unterstützung des Bundes für Langstreckenflüge vom Flughafen BER. „Es kann sein, dass ein großer Kongress wegen der fehlenden Langstreckenverbindungen eben nicht in Berlin stattfindet – das bedeutet unter Umständen Millionenverluste für die Stadt“, sagte die SPD-Politikerin . „Ich wünsche mir von der Bundesregierung, dass es mehr Lizenzen für Langstreckenflüge insbesondere nach und von Asien kommend gibt.“

Franziska Giffey (SPD)

Die Gesellschaft Emirates etwa könnte Giffey zufolge zwar in Berlin landen, müsste dafür einen anderen ihrer vier Standorte in Deutschland aufgeben. Das wolle die Airline nicht. Es gebe „veritable Lobbyinteressen“, sagte Giffey und nannte die Bundesländer Hessen und Bayern mit ihren Airports.

Klimaschutz- und Energiepolitik gehören zusammen. Aus Brüssel kommen von der EU-Kommission allerdings Vorschläge, die vor allem der deutschen Wirtschaft schaden. Das will EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ändern. Klima-Kommissar Frans Timmermans geht bald. Fotos: imago

Der westfälische Europaabgeordnete Markus Pieper setzt auf Erleichterungen aus Brüssel

EU-Gebäuderichtlinie „ist vom Tisch“

Von Andreas Schnadwinkel

BRÜSSEL/LOTTE (WB). Entwarnung für Hauseigentümer aus Brüssel: Der westfälische CDU-Europaabgeordnete Dr. Markus Pieper aus Lotte (Kreis Steinfurt) erklärt die geplante EU-Gebäuderichtlinie für erledigt. „Der Vorschlag der EU-Kommission, dass die am meisten Energie verbrauchenden Gebäude innerhalb weniger Jahre zwangssaniert werden müssen, ist vom Tisch. Die Warnung der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament vor regionalen Immobilienkrisen hat Wirkung gezeigt“, sagt Pieper. Jetzt laufe es auf „allgemeine Renovierungsvorgaben hinaus, die die Energieeffizienz des gesamten nationalen Gebäudebestands verbessern sollen, was okay ist“, so Pieper.

Zuletzt hat der parlamentarische Geschäftsführer der Union in der EVP-Fraktion von „marktwirtschaftlichen Tabubrüchen“ und einer „Zwangsjacke gerade für die mittelständische Wirtschaft durch EU-Bürokratie“ gesprochen. „Gerade bei ihrem größten Projekt, dem Green Deal, verlässt die EU das Zutrauen in Menschen und Marktwirtschaft. Dabei ist der europäische Emissionshandel für Industrie, Gebäude und Verkehr eigentlich schon die Lösung, weil den Branchen nach und nach weniger CO_2-Ausstoß zugestanden wird, wodurch sich – steuerbar und sozial verantwortbar – die Preise für fossile Energien erhöhen. Den Rest regeln eigentlich der Markt und die Mitgliedsstaaten“, sagt Pieper.

Zumindest sei das „theoretisch“ so. Denn Brüssel lege nicht nur das CO_2-Ziel fest. „Immer mehr europäische Richtlinien und Verordnungen schreiben zusätzlich genau vor, was wann mit welcher Technologie zu tun ist. Verbrennerverbot für Autos statt Verbrennereffizienz. Sanierungszwang für Gebäude statt steuerlicher Anreize für Hauseigentümer. Wasserstoff nur grün aus Wind und Sonne – knapp und teuer anstatt CO2-frei und kostenverträglich auch aus Erdgas und Kernkraft. 'All Electric' vor Technologieoffenheit. So würgt man Marktwirtschaft und Innovationen ab“, kritisiert Pieper im Gespräch mit dieser Zeitung.

Europaabgeordneter Dr. Markus Pieper (CDU) aus Lotte.

In der europäischen Wirtschaft gilt der niederländische Klima-Kommissar und Vize-Präsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, als Urheber wirtschaftsfeindlicher Vorgaben aus Brüssel. Timmermans will noch in diesem Monat zurücktreten, um rot-grüner Ministerpräsident in den Niederlanden zu werden. Ist das eine gute Nachricht für den Industriestandort Europa? „Es hängt nie nur an einem Kommissar. Aber in der Tat ist Timmermans im Querschnitt und als strategischer Vordenker verantwortlich für genau diese einseitigen Technologieverbote und auch für die Überregulierung der Landwirtschaft. Seit oberster Kommissionsbeamter war vorher Kampagnen-Chef bei Greenpeace für Europa. Das sagt viel“, so Pieper. Doch immerhin habe EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dafür gesorgt, dass noch mehr geplante Regulierung, etwa die Überwachung der Böden oder eine neue Regulierungswelle für die chemische Industrie, nicht auf die Tagesordnung kommt.

Viel verspricht sich Pieper von einem Entlastungspaket für den Mittelstand, das von der Leyen für Mitte September angekündigt hat: „Viele Gesetzes-Entwürfe wurden vor dem schrecklichen Ukraine-Krieg gemacht. Die Lage vieler Firmen hat sich seitdem aber drastisch verschlechtert.“ Deshalb müsse sich die EU auf Gesetzgebung konzentrieren, die aus der Krise führt, private Investitionen stimuliert. Pieper: „Das ist ein Green Deal ohne ideologischen Ballast mit Steuererleichterungen und Superabschreibungen für diese Zukunftsinvestitionen auf nationaler Ebene.“

Rückschlag für autonome Pkw-Technik

SAN FRANCISCO (dpa). Rückschlag für die Robotaxi-Firma Cruise in San Francisco: Nach einem Zusammenstoß mit einem Feuerwehrfahrzeug schränkt sie auf Behörden-Aufforderung die Zahl ihrer selbstfahrenden Autos ein. Bis zum Abschluss von Untersuchungen wird Cruise nun maximal 50 Robotaxis am Tag und bis zu 150 in der Nacht auf die Straße schicken. In der Nacht zum Freitag war ein fahrerloses Taxi von Cruise auf einer Kreuzung mit einem Leiterwagen kollidiert. Der Fahrgast kam mit Verletzungen ins Krankenhaus.

Erst vor gut einer Woche hatte die für Versorgungsdienste zuständige kalifornische Behörde CPUC Cruise und der Google-Schwesterfirma Waymo erlaubt, im gesamten Stadtgebiet von San Francisco rund um die Uhr kostenpflichtige Taxidienste mit fahrerlosen Autos anzubieten. Danach geriet die General-Motors-Tochter Cruise mehrmals wegen technischer und Mobilfunknetz-Probleme in die Schlagzeilen.

Rheinmetall: Rüstung bis 40 Prozent teurer

FRANKFURT (WB). Die Rüstungsvorhaben aus dem Sondervermögen für die Bundeswehr könnten durch die Geldentwertung um bis zu 40 Prozent teurer werden als ursprünglich geplant. „Wenn wir heute einen Fünfjahresvertrag abschließen, dann müssen wir einen Inflationsausgleich vereinbaren“, sagte Rheinmetall-Chef Armin Papperger der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. „Sonst bleiben wir bei sechs Prozent jährlicher Inflation auf bis zu 40 Prozent Mehrkosten sitzen.“ Auch einige der älteren Verträge müssten angepasst werden, betonte der Rüstungsmanager. Künftige Engpässe im Wehretat sieht Papperger neben der Geldentwertung auch durch Umschichtungen im Haushalt. „Der größte Teil der 100 Milliarden wird in zwei Jahren ausgegeben sein – schon, weil das Geld für die laufende Munitionsbeschaffung jetzt aus dem Sondervermögen kommt statt aus dem regulären Wehretat“, so Papperger.

Vodafone knackt 90-Prozent-Marke bei Funkstandard 5G

Abdeckung wird besser

DÜSSELDORF (dpa). Nach den Wettbewerbern Deutsche Telekom und Telefónica (O2) hat nun auch Vodafone als dritter deutscher Netzbetreiber eine 5G-Abdeckung von mehr als 90 Prozent erreicht. Einen entsprechenden Wert teilte Vodafone am Sonntag mit. Er bezieht sich auf den Anteil der Haushalte, die innerhalb des 5G-Netzes des Düsseldorfer Unternehmens liegen. „Wir kommen gut voran und haben nun schon 14.200 Standorte auf 5G aufgerüstet“, sagte Technikchefin von Vodafone Deutschland, Tanja Richter. Das Unternehmen hat rund 26.000 Mobilfunk-Standorte in Deutschland. Vodafone hat sein Ausbautempo zuletzt deutlich angezogen. Ende Juli 2022 war das Unternehmen nur bei 66 Prozent Haushaltsabdeckung, nun sind es 24 Prozentpunkte mehr. Allerdings ist der Wert nur mäßig aussagekräftig, schließlich wollen die Leute überall ein gutes Netz und nicht nur dort, wo viele Menschen wohnen, wo also Haushalte sind. Der Flächenanteil von Vodafone liegt nur bei mehr als 75 Prozent – auf etwa einem Viertel der Fläche ist also kein 5G zu empfangen, dafür häufig 4G.

Die Konkurrenz ist bei dem sehr schnellen Übertragungsstandard schon weiter. Die Deutsche Telekom liegt nach eigenen Angaben bei mehr als 95 Prozent. Telefónica mit seiner Marke O2 ist in Sachen 5G-Abdeckung nur hauchzart vor Vodafone und knackte die 90-Prozent-Marke Ende Juni, einen Monat vor dem Düsseldorfer Wettbewerber.

Ein 5G-Mobilfunkmast von Vodafone. Foto: dpa

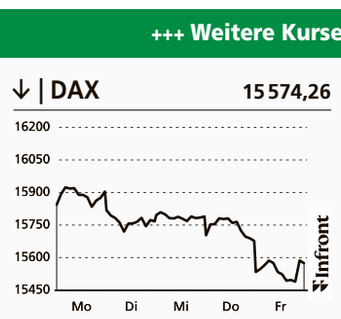
Aus der Politik kommt immer wieder die Forderung nach einer flächendeckenden 5G-Abdeckung – also auch „bis an die letzte Milchkanne“. Zunächst sei es „die Ambition, 5G mittelfristig möglichst für die gesamte Bevölkerung verfügbar zu machen. Aber dafür müssen wir einige Hürden überwinden – Genehmigungen sind teilweise schwer zu bekommen. Standorte, die uns von Kommunen vorgeschlagen werden, passen nicht immer zur optimalen Netzplanung. Und die Zuwege zu den Standorten für den Verkehr und Strom sind sehr lang“, sagte Richter. Bei Erschließung abgelegener Standorte seien Kooperationen mit den Ländern wichtig. Auch staatliche Unterstützung sei nötig.

Investmentfonds im Wochenvergleich

+++ Weitere Kurse unter westfalen-blatt.de +++

Unsicherheit bleibt zunächst hoch – Powell-Rede im Blick

(Dow Jones) Anhaltende Wachstumssorgen sowie wieder zunehmende Zinserhöhungssorgen haben den Börsen zuletzt heftig zugesetzt. An den Märkten werden verstärkt weitere Zinserhöhungen durch die Europäische Zentralbank (EZB) und die US-Notenbank eingepreist. Wichtiger noch sind die nachlassenden Zinssenkungsfantasien an den Börsen. Die Anleger schauen daher gespannt auf das Zentralbanker-Treffen von Jackson Hole in der kommenden Woche. Highlight ist die Rede von Fed-Präsident Jerome Powell am Freitag. Die Renditen an den Anleihemärkten schreiten von Hoch zu Hoch. Wie die Deutsche Bank anmerkt, ist die Rendite der zehnjährigen US-Staatsanleihen mit 4,274 Prozent auf das höchste Niveau seit 2007 gestiegen. Im Euroraum sieht die Lage ähnlich aus.



	Ausg. 18.8.	Rückn. 2023	Perf. % Woche
Allianz Global Investors			
€ Credit SRI + P€	849,74	849,74	-0,58
A.Ad.InGIA	98,46	95,59	**0,34**
Adifonds A	134,20	127,81	-3,96
Adiverba A	183,42	174,69	-3,43
AGIF Alz EurpValA	131,72	125,45	-1,58
All Stratfds Ba A	95,42	91,75	-0,88
Allianz Str. W. A2	83,64	79,66	-1,13
Biotechnologie A	201,17	191,59	-0,88
Concentra A	130,02	123,83	-2,42
Eur Renten AE	50,16	48,94	-0,53
Euro Rentenfonds AT	91,26	89,03	-0,54
Europazins A	48,96	47,53	-0,25
Fondak A	196,48	187,12	-3,77
Industria A	138,59	131,99	-2,33
Informationst. A	457,41	435,63	-1,28
Interglobal A	470,98	448,55	-1,31
InternRent A	42,11	40,88	-0,20
Plusfonds	202,32	192,69	-3,27
Rentenfonds A	73,49	71,70	-0,61
Rohstofffonds A	81,75	77,86	-4,24
Thesaurus AT	1053,79	1003,61	-2,36
Wachstum Eurol A	136,82	130,30	-5,21
Wachstum Europa A	161,44	153,75	-4,86
ampega			
Amp EuroZonePl Akt	126,45	120,43	-2,41
Amp Global Renten	15,90	15,33	-0,71
Amp ISP Dynamik	132,77	127,66	-1,55
Amp Rendite Renten	19,47	18,90	-0,74
Amp Reserve Renten	49,08	48,59	-0,10
BNP Paribas Asset Management			
Euro M.T. Bd.*		167,62	-0,26
Euro MM*		208,58	**0,06**
Europe Dividend*		107,36	-1,57
Seasons Classic*		140,12	-0,35
UniRak Nachh.A net*	84,16	84,16	-0,98
Deka Investments			
AriDeka CF	82,70	78,57	-2,60
Deka Immob Europa	50,48	47,96	±0,00
DekaFonds CF	122,13	116,03	-2,03
Deka-MegaTrends CF	128,14	123,51	-1,48
Deka-NachAkDe TF	92,23	92,23	-1,80
Deka-NachAkEu TF	91,68	91,68	-2,49
DekaRent-Intern. CF	16,29	15,82	-0,69
DekaSpezial CF	524,84	505,87	-1,73
Digit Kommunik TF	86,35	86,35	-3,48
Euro Potential CF	148,54	143,17	-4,61
EuropaSelect CF	94,55	91,13	-2,86
GlobalChampions CF	287,28	276,90	-1,44
RenditDeka	21,51	20,88	-0,43
Technologie CF	67,77	65,32	-1,21
WestInv. InterSel.	50,39	47,87	**0,21**
DWS			
Basler-Aktienf DWS	78,42	74,89	-2,33
Basler-Rentenf DWS	20,89	19,95	-0,50
DWS Deutschland	252,55	240,52	-2,54
DWS Eurz Bds Flex LD	30,47	29,72	-0,30
DWS Gl Na Res Eq O	75,79	75,79	-2,05
DWS Glbl Growth	193,14	183,94	-1,92
DWS Telemedia O ND	198,38	198,38	-1,77
ESG Gl EM Eq LC*	118,14	112,23	-1,66
grundb. europa RC	41,42	39,45	**0,03**
grundb. global RC	54,10	51,52	**0,02**
Fidelity			
*America USD**	15,03	14,28	-1,92
*ASEAN Fund A-USD**	33,81	32,12	-2,55
Euro Blue Chip*	25,35	24,09	-1,59
*Greater China Fund**	235,70	223,90	-0,93
GAM Luxembourg			
GAM Mb Loc EM Bd B*	160,80	160,80	-2,07
GAM Multib. ABS B*	109,73	109,73	**0,04**
GAM Star Eurp Eq*		559,87	-2,18
Mltcoop Stgy Inc B*	166,92	166,92	-0,87
HANSAINVEST			
HANSArenta	20,74	20,04	-0,67
HANSAsecur	46,47	44,26	-1,93
SI BestSelect	166,07	158,16	-1,46
KBC			
EM Resp Invest CL*		421,48	-1,63
Eq.Europe Cap. EUR*		1988,23	-0,63
*Eq.Japan Cap. JPY**		83 293,00	-2,28
ODDO BHF			
Algo Global DRW-€*	143,20	136,38	-1,30
Algo Sust Lead CRW*	288,42	274,69	-1,44
Basis-Fonds I Nach*	139,90	139,90	-0,07
BHF Flex. Ind. FT	82,92	80,50	-0,76
FMM-Fonds	642,10	611,52	**0,22**
Green Bd CR*	257,73	250,22	-0,62
O.BHF MoneyMark CR*	69,72	69,72	**0,04**
O.BHF Su G Eq*	229,11	218,20	-1,11
Polaris Moderate CR*	111,73	108,48	-0,58
Vermögens-Fonds*	800,79	777,47	-0,96
Union Investment			
LIGA-Pax-Aktien-U.*	44,77	44,77	-1,06
PrivFd:Konseq.*	90,91	90,91	-0,29
PrivFd:Konseq.pro*	101,50	101,50	-0,54

Öffentliche Anleihen

	18.8.	11.8.
6,25% Bund v. 94/24	101,20	101,13
6,5% Bund v. 97/27	113,63	113,69
5,625% Bund v. 98/28	112,28	112,31
4,75% Bund v. 98/28 II	109,75	109,78
6,25% Bund v. 00/30	121,44	121,52
5,5% Bund v. 00/31	119,46	119,52
4,75% Bund v. 03/34	119,63	119,72
4,0% Bund v. 05/37	114,02	114,14
4,25% Bund v. 07/39	118,75	118,96

PrivFd:Kontr.*	118,03	118,03	-0,78
PrivFd:Kontr.pro*	156,71	156,71	-1,24
UniEuroAktien*	87,03	82,89	-1,68
UniEuroRenta*	59,07	57,35	-0,33
UniFonds*	55,58	52,93	-1,32
UniGlobal*	358,53	341,46	-1,38
UniImmo:Dt.*	99,82	95,07	**0,03**
UniImmo:Europa*	57,31	54,58	**0,02**
UniNachh AkEu A*	65,96	62,82	-1,21
UniNachh AktDeut A*	228,47	217,59	-0,91
UniRak*	137,89	133,87	-0,70
VB BIGT Nachhaltig*	62,50	60,10	-1,41
Universal Investment			
All-in-one*	15,78	14,87	-1,00
BW-Renta-Internat.*	38,40	37,46	**0,11**
BW-Renta-Univ.*	25,66	25,03	-0,60
Concept Aurelia Gl*	165,41	157,53	-1,59
Pfau-Str.Depot UI*	120,44	120,44	-2,12
Sonstige			
Commerz hausInvest	45,66	43,49	**0,05**
Robeco Sm Energy Eq D€*		51,98	-3,51
Robeco Sust Water Eq D€*		464,14	-2,25
Swisscanto MM Fund Res EUR*		102,83	**0,05**

* Fondspreise etc. vom Vortag oder letzt verfügbar; *kursiv*, wenn nicht in Euro notiert

Infront
Funds Service +49 69 26095760
fundsservice@infrontfinance.com